

TRIBÜNE

Statistische Überlegungen haben ihre Grenzen

Gastkommentar

von GREGOR RUTZ

Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr: Krisenzeiten haben es in sich. Experten aller Art geniessen die mediale Bühne, Politiker rücken sich ins Rampenlicht, und die Zeitungen kämpfen um die beste Schlagzeile. Auch die NZZ (10.5.21) scheint dagegen nicht gefeit: «Mehr Corona-Fälle in Gemeinden mit niedrigem Einkommen», hiess ein Titel, um hernach Zusammenhänge zwischen Fallzahlen, Steuerkraft, Ausländeranteil und dem Wähleranteil der SVP herzustellen. Mit derselben Argumentation hätte man auch das Gegenteil behaupten können: So verzeichnete der Kanton Bern stets deutlich weniger Corona-Fälle pro 100 000 Einwohner als die Kantone Waadt und Genf, obwohl die SVP in Bern viel stärker verankert ist als in den genannten Westschweizer Kantonen.

Die Feststellung, dass Einwohner von Gemeinden mit niedriger Inzidenz tendenziell wohlhabender und besser gebildet sind, scheint mit Blick auf die Verhältnisse in den USA zunächst logisch. Doch die Zahlen aus dem Thurgau, wo die Maturitätsquote wie auch das Durchschnittseinkommen deutlich tiefer als im Kanton

Die Corona-Krise hat zu einer ungesunden Anspruchsmentalität geführt.

Zürich sind, zeigen auch hier: Statistische Überlegungen haben ihre Grenzen. Kommt hinzu: Jeder dritte Thurgauer wählt SVP. Ein nach oben erwähnter Logik quasi unmöglicher statistischer Wert.

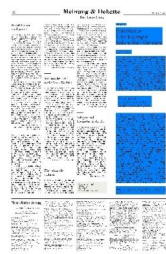
Wichtiger als statistische Akrobatik und Schlagzeilen ist die Analyse der wirklichen Probleme, welche die Corona-Krise verursacht. Diese reichen weit über gesundheitliche Fragen hinaus. Der Bundeshaushalt steht vor einer enormen Belastung. Etliche Branchen kämpfen mit Umsatzeinbussen und Engpässen. Dass öffentlich finanzierte Betriebe wie die SRG Kurzarbeit in Anspruch nehmen, wirft Fragen auf. Dass der Mieterverband einen Mieterlass fordert, die Grünen Flüchtlinge einfliegen wollen und die SP Fördergelder für Medien beantragt, hat weniger mit Corona als mit langfristigen politischen Zielen zu tun. Darum: Aufgepasst!

Die Krise hat zu einer ungesunden Anspruchsmentalität geführt. Richtet sich der wirtschaftliche Wettbewerb danach aus, wer am meisten Subventionen abholt, stimmt etwas im System nicht mehr. Hier zeigt sich, wie wichtig der Einsatz für Freiheit und Selbstverantwortung ist. Die oftmals absurden Anordnungen

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 91'624
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 18
Fläche: 28'771 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 81028301
Ausschnitt Seite: 2/2

und hilflosen Improvisationen der Behörden dokumentieren: Der Staat ist nicht klüger als die Privatwirtschaft. Umso wichtiger ist es, der Paragrafenflut Schranken zu setzen. Der links-grüne Aktivismus wird zur ernsthaften Bedrohung für Gewerbe und Wirtschaft. Wer den Standort Schweiz stärken will, tut gut daran, bürokratische Vorlagen etwa im Energie-, im Klima- oder im Raumplanungsbereich abzulehnen. Gerade in der Krise muss das Bewusstsein für liberale Werte wieder wachsen.

Notstandssituationen sind gefährlich: Krisen, Kriege oder Katastrophen fordern Rechtsstaat und Demokratie heraus. Für die Konkurrenzfähigkeit unseres Landes ist es wichtig, dass wir wieder mehr auf Innovation und unternehmerische Freiheit setzen. Die Klimadebatte ist dafür exemplarisch: Innovation und wirtschaftliche Dynamik sind erfolversprechende Faktoren im Hinblick auf Massnahmen gegen die Klimaerwärmung – nicht staatliche Vorschriften und Steuern. Dies lässt sich sogar statistisch belegen.

Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Zürcher SVP-Nationalrat. Er ist Präsident der parlamentarischen Subkommission «Parlament in Krisensituationen»